GENDER
OPEN
REPOSITORIUM

Zur Renaissance der ‚Erbtüchtigkeit'

Kemper, Andreas

2015

https://doi.org/10.25595/1997

Veröffentlichungsversion / published version
Sammelbandbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kemper, Andreas: *Zur Renaissance der ‚Erbtüchtigkeit'*, in: Hechler, Andreas; Stuve, Olaf (Hrsg.): Geschlechterreflektierte Pädagogik gegen Rechts (Opladen: Verlag Barbara Budrich, 2015), 325-342. DOI: https://doi.org/10.25595/1997.

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY SA 4.0 Lizenz (Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de

Terms of use:

This document is made available under a CC BY SA 4.0 License (Attribution - ShareAlike). For more information see:

https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

Andreas Hechler
Olaf Stuve (Hrsg.)

Geschlechterreflektierte Pädagogik gegen Rechts

unter Mitarbeit von Christian Beeck

Verlag Barbara Budrich
Opladen • Berlin • Toronto 2015

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

Die Drucklegung dieses Buches wurde freundlicherweise gefördert von:

Gefördert durch die Aktion Mensch

Hans Böckler Stiftung
Fakten für eine faire Arbeitswelt.

Rosa Luxemburg Stiftung

© 2015 Dieses Werk ist bei der Verlag Barbara Budrich GmbH erschienen und steht unter der Creative Commons Lizenz Attribution-ShareAlike 4.0 International (CC BY-SA 4.0): https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/.
Diese Lizenz erlaubt die Verbreitung, Speicherung, Vervielfältigung und Bearbeitung bei Verwendung der gleichen CC-BY-SA 4.0-Lizenz und unter Angabe der UrheberInnen, Rechte, Änderungen und verwendeten Lizenz.

www.budrich.de

Dieses Buch steht im Open-Access-Bereich der Verlagsseite zum kostenlosen Download bereit (https://doi.org/10.3224/84740695).
Eine kostenpflichtige Druckversion kann über den Verlag bezogen werden. Die Seitenzahlen in der Druck- und Onlineversion sind identisch.

ISBN 978-3-8474-0695-2 (Paperback)
eISBN 978-3-8474-0841-3 (eBook)
DOI 10.3224/84740695

Umschlaggestaltung: Bettina Lehfeldt, Kleinmachnow – www.lehfeldtgraphic.de Fotos „Zauberwürfel“ Innenteil und Titelbild: Udi Nir & Sagi Bornstein
Lektorat: Andrea Lassalle, Berlin
Satz: Ulrike Weingärtner, Gründau

Inhalt

1. Einleitung **7**
Andreas Hechler und Olaf Stuve

2. Pädagogische Praxen **43**

2.1 Weder ‚normal' noch ‚richtig': Geschlechterreflektierte Pädagogik als Grundlage einer Neonazismusprävention 44
Andreas Hechler und Olaf Stuve

Methode: Praxissituationen entgeschlechtlichen 73
Bernard Könnecke, Vivien Laumann und Andreas Hechler

2.2 Du Mädchen! Funktionalität von Sexismus, Post- und Antifeminismus als Ausgangspunkt pädagogischen Handelns 79
Katharina Debus

Methode: Der große Preis 100
Katharina Debus und Andreas Hechler

2.3 Zur Gestaltung Sozialer Arbeit gegen Rechtsextremismus mit Fokus auf Mädchen und Frauen – eine persönliche Bestandsaufnahme 108
Michaela Köttig

2.4 „Dann bin ich ja gar nicht mehr authentisch" – Die Gefahr von Verkürzungen in der pädagogischen Rechtsextremismusprävention 135
Vivien Laumann und Kevin Stützel

Methode: Begriffe diskutieren 151
Chiara Bothe, Katharina Debus und Olaf Stuve

2.5 „Von richtigen Freundinnen und falschen Freunden" – Ansatz, Erfahrungen und Ableitungen aus der geschlechterreflektierenden Präventionspraxis in der Jugendarbeit 157
Kai Dietrich und Enrico Glaser

2.6 Rechtsextremismus als Herausforderung für frühkindliche Pädagogik – Analysen und Handlungsempfehlungen 177
Heike Radvan und Esther Lehnert

2.7 Sexualisierte Gewalt und Neonazismus am Beispiel der Kampagne ‚Todesstrafe für Kinderschänder' 193
Patrick Wielowiejski und Lena Rahn

2.8 „Die Kritik hatten wir schon“ –
Entgegnungen auf beliebte Verbalstrategien gegen das Eintreten für Geschlechteremanzipation 217
Sebastian Bubner

2.9 Beharrliche Bilder. Bildsprache und geschlechterreflektierte Neonazismusprävention 223
Andreas Hechler

3. Theoretische Praxen 239

3.1 Stille Post. Reformulierungen radikalisierter Männlichkeit in rechten Diskursen 240
Gabriele Kämper

3.2 Wie ein neo-homophober Diskurs funktioniert: Neue rechtskonservative Kämpfe gegen die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt 264
David Nax und Florian Schmitt

3.3 Zur intersektionalen Verfasstheit von Bildern des Ein- und Ausschlusses 284
Meike Günther

3.4 Täterinnenbilder: Geschlecht und Emotion in der Rezeption von Zeitzeug_innen-Erzählungen 303
Katharina Obens

3.5 Zur Renaissance der ‚Erbtüchtigkeit‘ 325
Andreas Kemper

3.6 Überdeterminiert und reichlich komplex. Überlegungen zu Politischer Bildung im Kontext von Postkolonialismus und Postnazismus 343
María do Mar Castro Varela

3.7 Grenzziehungen in der postmigrantischen Gesellschaft: Gesellschaftstheoretische Überlegungen zu Rechtsextremismus und Rassismus in der Bildungsarbeit vor dem Hintergrund des NSU-Komplexes 365
Juliane Karakayalı

4. Von Neoliberalismus und vom Zaubern – Plädoyer für utopische Momente 383
Katharina Debus

Autor_innenangaben 386

3.5 Zur Renaissance der ‚Erbtüchtigkeit'

Andreas Kemper

Sozialdarwinismus ist ein generell zu wenig beachtetes Thema, wenn es um aktuelle faschistische Tendenzen geht, insbesondere im Hinblick auf die Geschlechterordnung. Dabei machen nicht nur die politisch motivierten Morde an Obdachlosen und der Hass auf die ^Unterschicht^[1] deutlich, dass die Verachtung gegenüber denjenigen, die ‚es nicht geschafft haben', die den (männlichen) Anforderungen der ^Überlegenheit^, Autonomie und dergleichen mehr nicht gewachsen sind, groß ist. Diese ^Überlegenheitsdünkel^ zielen nicht einfach auf ökonomische Leistungsfähigkeit, sondern biologisieren diese zu einer vermeintlichen ‚Erbtüchtigkeit'. Geschlechter- und sexualpolitische Auseinandersetzungen spielen hierbei eine wichtige Rolle, da heteronormative und klassistische[2] Familien- und Sexualpolitiken dem Primat einer vermeintlichen Leistungssteigerung folgen. Dies wird beispielsweise im Fall der skandalösen Bevorzugung von besser oder gut verdienenden Akademiker_innen beim Elterngeld deutlich, die mit einer gesellschaftlichen Produktion von Verachtung[3] gegenüber zum Beispiel armen Familien mit vielen Kindern einhergeht.

Im Folgenden wird die These vertreten, dass der Kapitalismus vor allem in Deutschland schon immer eher auf einer vermeintlich erblichen Tüchtigkeit als zentralem Tugendbegriff beruhte als auf Leistung. Im Zuge der Wirtschaftskrise und der Abwehrstrategien der Mittelklassen wird diese Erbtüchtigkeit wieder manifester.

1 Die Dachzeichen ^...^ rahmen Wörter ein, die klassenbezogene Begriffe vertikal hierarchisieren. Zweck dieser Rahmung ist die Durchbrechung unbewusster Denkmuster, die die beherrschte Klasse unten, die herrschende Klasse oben ansiedelt und gleichzeitig diese Orte unterschiedlich wertet, was sich in der Topologie von ^Ab-^ und ^Aufwertung^ zeigt.

2 Klassismus ist die Diskriminierung aufgrund von sozialer Herkunft oder sozialer Position, z. B. die Benachteiligung von Arbeiter*innenkindern, Gewalt gegen Obdachlose, Abwertung von Arbeitslosen (Kemper/Weinbach 2009).

3 Als Facetten „gesellschaftlicher Produktion von Verachtung" gegenüber Hauptschüler_innen drückt sich diese aus „als verweigerte Anerkennung, als klassenbedingte Abstufung, als Demütigung in der Schule und bei der Suche nach einem Arbeitsplatz, als medialer Stigmatisierungsprozess, als impliziter oder expliziter Vorwurf im Familienkontext sowie anhand von Formen öffentlicher Anschuldigung" (Wellgraf 2012: 303).

Leben wir in einer Leistungsgesellschaft?

Sozialdarwinismus und Antidiskriminierung

Betrachten wir im europäischen Kontext oder auch in Deutschland die Antidiskriminierungsgesetze, dann fällt vor allem eines auf: Es finden sich keine Passagen zur klassenbezogenen Diskriminierung. Weder Arbeitslosen- noch Obdachlosendiskriminierung wird dort erwähnt. Die Diskriminierung aufgrund von sozialer Herkunft fand sich ursprünglich im Katalog der Europäischen Antidiskriminierungsrichtlinie, war aber das einzige Merkmal, das aus diesem Katalog verschwand, als das Gesetz auf den Weg gebracht wurde. Als im Grünbuch zum Antidiskriminierungsgesetz die Frage gestellt wurde, ob die Diskriminierungsmerkmale dieser Richtlinie um die Merkmale der EU-Charta ergänzt werden sollten, warnte explizit der Verband der Arbeitsgemeinschaft Selbstständiger Unternehmer (ASU; heute: Die Familienunternehmer) davor, soziale Herkunft als Diskriminierungsmerkmal anzuerkennen.

Verstärkt haben sich seit 2008 in Deutschland vor allem die Diskriminierungsformen, die unmittelbar mit der Verwertbarkeit im Produktionsprozess zu tun haben: Arbeitslosen- und Obdachlosenabwertung sowie Behindertenfeindlichkeit. Nach Heitmeyer wurden Werte aus der Ökonomie in die Gesellschaft ausgedehnt. Dies hatte auch Folgen für die Forschung zur „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit". Klassismus und Behindertenfeindlichkeit hatten dort zunächst noch analog zu den Europäischen Antidiskriminierungsrichtlinien keine explizit eigenen Kategorien, sondern wurden unter dem Begriff „Heterophobie" zusammengefasst. 2005 wurde das Syndromelement „Heterophobie" in die Merkmale „Homophobie", „Obdachlosen-" und „Behindertenabwertung" aufgespalten; 2007 kam das Element „Langzeitarbeitslosenabwertung" hinzu (Heitmeyer 2008: 26). Die Marktwirtschaft werde, so Heitmeyer, zur Marktgesellschaft. Menschen würden wieder zunehmend nicht mehr nur im Arbeitsbereich an ihrem Arbeitsvermögen bewertet, sondern auch außerhalb des Arbeitssektors (Heitmeyer 2008: 55ff.; Heitmeyer 2007).

Im Zuge der Wirtschaftskrise fanden aber nicht nur Verschiebungen bei den Opfern von Diskriminierung statt, sondern auch bei den Täter*innen. Heitmeyer benennt hier die Ausweitung der „rohen Bürgerlichkeit" in Kreisen der Besserverdienenden (Heitmeyer; zitiert nach Goettle 2012). In Begleitung von „neoliberalen Diskursen" trieben die „intellektuellen Diskursagenten und Wissenschaftler, insbesondere der wirtschaftswissenschaftlichen und politischen Eliten" (ebd.) eine gesellschaftliche Spaltung voran. Zum „verrohten Bürgertum" könne auch die Leser*innenschaft des Sarrazin-Buches *Deutschland schafft sich ab* gezählt werden.

Von der ‚Tüchtigkeit' zur ‚Leistung'

Der Begriff ‚Leistung' löste in den 1950er- und 1960er-Jahren zunehmend den Begriff ‚Tüchtigkeit' ab. ‚Leistung' klingt messbarer, was daran liegen mag, dass es sich auch um einen physikalischen Begriff handelt. Der Begriff ‚Leistung' suggeriert die objektive Messbarkeit und damit Vergleichbarkeit des Arbeitseinsatzes. Zudem scheint er weniger moralisch aufgeladen zu sein als der Begriff ‚Tüchtigkeit', der etymologisch mit dem Begriff ‚Tugend' verwandt ist.

Die Ersetzung der ‚Tüchtigkeit' durch die ‚Leistung' ging mit einer Neuformulierung der geforderten Tugenden einher. Waren im Nationalsozialismus ‚soldatisch-männliche Tugenden' gefragt, komplementiert durch die Tugenden der ‚deutschen Mutter', so wurden in den sogenannten ‚Wirtschaftswunderjahren' ‚bürgerliche Tugenden' hervorgehoben. Das Tugendsystem löste sich anscheinend aus dem völkisch-nationalistischen Wertesystem und wandte sich verstärkt den Anforderungen der bürgerlich-kapitalistischen Marktwirtschaft zu.

Der Begriff ‚Leistung' legt andere Konnotationen nahe als der Begriff ‚Tüchtigkeit'. Ist mit ‚Tugend' moralisch und sittlich vorbildhaftes Verhalten verknüpft, rufen ‚Leistung' oder ‚Leistungsfähigkeit' Begriffe wie ‚Befähigung', ‚Steigerung', ‚Belastbarkeit', ‚Fitness' und dergleichen mehr auf. Ein Grund für die Ersetzung von ‚Tüchtigkeit' durch ‚Leistung' mag auch die Assoziation mit der militaristischen ‚Wehrertüchtigung' sein.

Werden auf der einen Seite Leistungsbegriffe angelegt, so folgt das Schulsystem in der Bundesrepublik Deutschland ganz und gar nicht solchen Leistungskriterien, sondern vielmehr Vorstellungen von Begabungen bzw. ‚Begabungstypen'. 1946 hatte die Alliierte ZOOK-Kommission dringend empfohlen, die frühe soziale Selektion abzuschaffen, weil das gegliederte Selektionssystem der deutschen Schule sowohl eine ^Untertanenmentalität^ fördere als auch sozial ungerecht sei. Dennoch führten die Länder der Bundesrepublik Deutschland das früh selektierende Schulsystem fort. Grundlage waren ‚Untersuchungen', die NS-Bevölkerungswissenschaftler*innen wie Karl-Valentin Müller Ende der 1940er-Jahre vorlegten; diese stellten für die niedersächsische Regierung fest, dass es drei erblich unterschiedliche ‚Begabungstypen' gebe, an denen sich das deutsche Schulsystem ausrichten solle. Seither wurde mit einer Vielzahl von Studien (Hamburger LAU-Studien, IGLU-Studien) nachgewiesen, dass die Empfehlung für das Gymnasium und der tatsächliche Wechsel ans Gymnasium nicht nur auf Leistung, sondern ebenso auf soziale Herkunft zurückzuführen sind. Schüler*innen mit sogenannter ^niederer^ sozialer Herkunft müssen im Schnitt sehr viel bessere Noten und sehr viel bessere Testergebnisse vorweisen als Schüler*innen aus privilegierten Familien. Diese Übergänge entscheiden aber in erheblichen Maße über das spätere

Leben. Kinder aus privilegierten Elternhäusern werden auf diese Weise weiter privilegiert.

Während der Leistungsbegriff die Betonung von Fleiß und Effizienz aus dem Begriff ‚Tüchtigkeit' übernimmt, führt der Begabungsbegriff die Implikationen des Begriffs ‚Erbtüchtigkeit' fort. Der Begabungsbegriff setzt nicht allein am Individuum an, sondern an der Familie. Oder anders gesagt: Fokus der ‚Begabung' ist die vermeintliche ‚Leistung' der Familie. Grundlage ist die Familie als ‚Keimzelle der Nation'. In dieser Logik wäre es auch eine ‚Leistung', wenn Vermögen geerbt wird. In einer Leistungsgesellschaft, die am Individuum ansetzt, dürfte es keine Erbschaften geben, schließlich sind Erbschaften nicht erarbeitet und verletzen somit die Spielregeln – und damit auch das Spiel der Leistungsgesellschaft als solcher. Der Begriff ‚Leistungsgesellschaft' ist daher als ideologischer Begriff zu interpretieren; unsere Gesellschaft basiert nicht vorwiegend auf dem Leistungsgedanken.

AfD: Mut zur Erbtüchtigkeit

Hegemonial ist in der Bundesrepublik Deutschland nicht die Idee der Leistungsorientierung, sondern die der Erbtüchtigkeit. Allerdings ist seit dem Ende des Nationalsozialismus der Begriff ‚Tüchtigkeit' bzw. ‚Erbtüchtigkeit' weitgehend diskreditiert, daher wird von ‚Leistung' gesprochen. Lediglich in einer kurzen Phase, die mit der Feststellung der ‚Bildungskatastrophe' durch den Pädagogen Georg Picht in den 1960er-Jahren begann und 1978 mit dem Kongress *Mut zur Erziehung* endete, waren die Idee der Chancengleichheit und der mit diesem Begriff einhergehende Leistungsgedanke hegemonial. Während der Tagung *Mut zur Erziehung* wurden die Sekundärtugenden (Gehorsam, Disziplin, Sauberkeit, Pünktlichkeit, Ordnung, ...) beschworen, die durch die Bildungsreformen seit Anfang der 1970er-Jahre zurückgedrängt worden waren.

Die Phrase ‚Mut zu' kann ihrerseits als ein Aufruf zur individuellen und kollektiven Selbstertüchtigung interpretiert werden. In den 1990er-Jahren gingen die Republikaner mit *Mut zu Deutschland* in den Wahlkampf (Leggewie 1989). Der Konvent für Deutschland von Hans-Olaf Henkel und Roman Herzog gab Mitte des letzten Jahrzehnts den Sammelband *Mut zum Unterschied* (Herzog u. a. 2008) heraus – Henkel spezifizierte diese Parole in der neurechten Jungen Freiheit mit „Mut zum produktiven Unterschied"(Henkel 2006). Und die Alternative für Deutschland (AfD) trat im Bundeswahlkampf mit *Mut zur Wahrheit* und bei der Europawahl mit *Mut zu Deutschland* an. Diese politische Ertüchtigung geht mit den Werten der Sekundärtugenden einher. Tüchtigkeit und Tugend sind, wie oben bereits erwähnt, etymologisch verwandt. Als Bezugspunkt hierfür kann die philosophiegeschichtliche Überführung

des mittelalterlichen Tugendbegriffs in die staatspolitische Tüchtigkeit durch Machiavellis Begriff „*Virtù*" angesehen werden. Der Machiavellismus, wie er in *Il Principe* ausgeführt wird, gilt daher als Bezugspunkt rechtskonservativer Diskurse und Initiativen. Machiavellis Rede von der *Virtù des Volkes* und der *Virtù des Fürsten*, waren die ersten Ansätze für eine Biopolitik, da die Virtù des Volkes mit „Bevölkerungsqualität" übersetzt werden kann, also einen zentralen Begriff der späteren Rassenhygiene vorwegnimmt.

‚Lohnposition': Erbe, Rente und Elterngeld

Erbschaften in der Leistungsgesellschaft?

Der offensichtlichste Widerspruch zur Behauptung, wir lebten in einer ‚Leistungsgesellschaft', ist die Praxis des Erbens. Lebten wir in einer Leistungsgesellschaft, dürften keine Vermögensverteilungen nach dem Erbschafts-Prinzip durchgeführt werden, weil jede Erbschaft die Leistungsidee in ihrem Kern konterkariert. Dieser Punkt soll an dieser Stelle aufgrund seiner Offensichtlichkeit nur kurz ausgeführt werden: Zwischen 2010 und 2020 werden in Deutschland mehr als 2,6 Billionen Euro leistungslos von einer Generation zur nächsten wechseln (dapd 2011). Dieser vererbte Betrag entspricht ungefähr dem Zehnfachen der Gesamtauszahlung des Arbeitslosengeldes II. Dieser Transfer unter den Besitzenden basiert auf verschiedenen Grundlagen, auf die im Folgenden eingegangen werden soll.

Altersrente und Kinderrente

Mit der Rentenreform von 1957 wurde die relative Lohnposition als Kategorie für die Altersversorgung eingeführt. Die individuelle Altersversorgung ist seither abhängig vom individuellen durchschnittlichen Stundenlohn und der Dauer der individuellen Lebensarbeitszeit. Rentner*innen erhalten kein Äquivalent für Leistungen, denn da sie aus dem Produktionsprozess ausgeschieden sind, leisten sie in der Logik des kapitalistischen Produktionsprozesses nichts mehr. Stattdessen wird das Konstrukt der ‚relativen Lohnposition' eingeführt. Mit der ‚relativen Lohnposition' scheint eine gesellschaftliche Stellung gemeint zu sein, die nicht nur im Nachhinein für die Altersrente ermittelt werden könne, sondern auch als erwartbare Position der Kinder. Sie wird ähnlich hypostasiert wie das ‚Schulziel' der Primarschüler*innen als „metapäda-

gogischer Vorgang" (Habermas 1961: 191) gesetzt wird.[4] Dies geht einher mit der Ermittlung einer sogenannten „Kinderqualität" (Kolb 2007; Steinmann 2007), worauf ich später zu sprechen komme.

Dass es sich bei der relativen Lohnposition nicht einfach um eine Leistungsorientierung handelt, wird deutlich, wenn das Schreiber-Papier herangezogen wird, auf dem das Altersrentenmodell von 1957 basiert. Dieses Papier des Präsidenten des Katholischen Unternehmerverbandes sah zwei Rentenmodelle vor, die zusammenhingen: die Altersrente und die Kinderrente.

Die Kinderrente wurde 1957 im Gegensatz zur Altersrente nicht eingeführt. Stattdessen entschloss sich die Regierung, ein egalitäres Kindergeld einzuführen. Dies hätte auch eine Option für die Altersversorgung sein können, die SPD legte das Konzept einer einheitlichen steuerfinanzierten Grundrente bereits 1952 vor (Opielka 2004: 11). Tatsächlich existiert in anderen europäischen Staaten eine einheitliche Volksrente, beispielsweise in Dänemark (Deutsche Rentenversicherung 2014). Durchgesetzt hat sich dann jedoch das Altersrentenmodell, welches für jede*n Arbeiter*in und Angestellte*n eine Position in Abhängigkeit von Durchschnittslohn und Lebensarbeitszeit ermittelt (Schreiber 2004: 24–31).

Im Modell der Kinderrente wird die tatsächliche Bezugsgröße der Lohnposition deutlich. Denn auch für Kinder sollte eine Lohnposition ermittelt werden. Die Kinderrente sollte in der Höhe eines einheitlichen Prozentsatzes des Einkommens der Väter gezahlt werden. Je höher der Lohn des Vaters, desto höher die Rente, die die Kinder erhalten sollten. Die entsprechende Rentenkasse sollte wiederum durch die Empfänger*innen der Kinderrente ab dem 35. Lebensjahr aufgefüllt werden. Eingezahlt werden sollte allerdings nicht die tatsächlich in der Kindheit erhaltene individuelle Rente, sondern ein prozentueller Anteil des aktuellen Einkommens. Diese Einzahlung sollte zudem abhängig von der Anzahl der eigenen Kinder sein: je mehr Kinder, desto gerin-

4 Jürgen Habermas (1961: 191) führt aus: „Von dem breiten Hintergrund des gesellschaftlich bestimmten Bildungsschicksals des Kindes wird das ‚Setzen des Schulziels' als ein ‚metapädagogischer Vorgang' isoliert; es wird als Ausdruck des ‚ganzen sozialen Selbstbewusstseins, der sozialen Lebensansprüche' seiner Eltern hypostasiert, damit nicht ‚die soziale Dimension des Leistungs- und Bildungswillens' im Begabungsbegriff ‚unterschlagen' werden […]. Offenbar bevorzugt Schelsky einen Begabungsbegriff im Sinne Karl Valentin Müllers, in den die ‚soziale Bewährung' der Eltern ebenso eingeht wie die ‚Zucht der Tradition', die sie mit ihren Kindern verbindet und in ihnen spezifische Antriebslagen schafft […]. Beides mag sich dann im ‚sozialen Durchsetzungswillen' der Eltern dokumentieren. Wenn man diesen subjektiven Faktor aber, vor jeder soziologischen Analyse seines Zusammenhangs mit der objektiven Interessenlage des gesellschaftlichen Status, als Zurechnungsbasis für schulische Begabungsatteste empfiehlt, dann sollte man die Implikationen dieses Verfahrens nicht verschweigen: im Maße der Berücksichtigung jenes Faktors wird von vorneherein nicht die Begabung des Schülers als Individuum, sondern eine Zugabe in Form von Statusvorteilen der Familie prämiert."

ger die einzuzahlende Kinderrente. Kinderlose sollten den doppelten Betrag einzahlen. Das Kinderrentenmodell macht deutlich, dass sich die Lohnposition auf Erbtüchtigkeit und nicht auf Leistung bezieht (ebd.).

Der Verband der Katholischen Unternehmer hat den Schreiber-Plan vor wenigen Jahren im Internet zugänglich gemacht. Im sächsischen Wahlkampf 2014 bezog sich wiederum der Landesverband Sachsen der AfD explizit auf diesen Plan (AfD Sachsen 2014: 4) und nahm ihn zu den Landtagswahlen im Sommer 2014 explizit als umzusetzendes Modell in ihr Parteiprogramm auf. Frauke Petry, Bundessprecherin der AfD und Landessprecherin in Sachsen, kennzeichnete die neue politische Ausrichtung der AfD in Sachsen als „Bevölkerungspolitik" (Junge Freiheit Verlag 2014). Mit dieser Ausrichtung erreichte die AfD erstmals ein beinahe zweistelliges Ergebnis.

Mit der Reaktivierung des Kinderrentenmodells im parteipolitischen Diskurs wurde ein Trend in der Familienpolitik fortgesetzt, der in der ersten Hälfte des letzten Jahrzehnts entstand: der Paradigmenwechsel der Familienpolitik von einer sozialpolitischen zu einer bevölkerungspolitischen Orientierung unter dem Label „nachhaltige Familienpolitik" (Kahlert 2007).

Elterngeld

Die „nachhaltige Familienpolitik" entstand im Zusammenhang mit einer Demographisierung der Sozialpolitik. In Deutschland bekämen ‚die Falschen', nämlich die ‚Unterschicht', die Kinder, behauptete beispielsweise der spätere Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr (Bahr; zitiert nach Middel 2005). Auf der Grundlage falscher Interpretationen empirischer Daten wurde eine fatale Akademikerinnen-Kinderlosigkeit herbeigeredet. In der *Zeit* hieß es 2005, Forscher_innen sähen nicht nur eine unglückliche Kommunikation als Ursache für die übertriebene Zahl: „Es sei absichtlich verhindert worden, dass die Daten ein realistisches Bild der Kinderlosigkeit zeichnen könnten" (Schwentker 2005). Familienministerin Renate Schmidt, die Architektin der „nachhaltigen Familienpolitik", setzte 2007 die Forderungen in dieser Diskussion um und schaffte das sozialkompensatorische Erziehungsgeld ab, welches im Namen der Chancengleichheit vor allem ärmere Familien bis weit in die Mittelschicht förderte. An dessen Stelle wurde das Elterngeld implementiert. Dieses beträgt nun 60 Prozent des Einkommens bis zu einer Höhe von 1.800 Euro monatlich für Kinder bis zum Ende des ersten Lebensjahres. Geringverdienende und Arbeitslose erhalten nur 300 Euro, wobei diese Auszahlung mit ALG-II verrechnet wird, das heißt langzeitarbeitslose Familien erhalten de facto kein Elterngeld mehr. Kindergeld und Betreuungsgeld werden übrigens ebenfalls verrechnet. Begründet wurde das Elterngeld auch mit einer erhofften Erhöhung der Sorgearbeit von Vätern für ihre Kinder. Mit der kompletten

Streichung des Erziehungsgeldes zeigt sich aber, dass hier nur an gut verdienende Väter gedacht wurde, wenn es überhaupt um die Väter ging.

Wie sehr die „nachhaltige Familienpolitik" der Ideologie der Rassenhygiene ähnelt, zeigt sich nicht nur am Begriff ‚Nachhaltigkeit', sondern auch durch die Ähnlichkeit mit im Aufsatz *Die Proletarisierung unseres Nachwuchses, eine Gefahr unrassenhygienischer Bevölkerungspolitik* in der ersten Ausgabe des zentralen rassenhygienischen Magazins *Archiv für Rassen- und Gesellschaftsbiologie einschließlich Rassen- und Gesellschafts-Hygiene* formulierten Positionen. Der Rassenhygieniker Hermann W. Siemens schlug dort 1916, also noch in der Ständegesellschaft des Kaiserreichs, vor, reichen Familien für die Aufzucht ihrer Kinder mehr Geld auszuzahlen als armen Familien. Dies sei die zentrale rassenhygienische Maßnahme, mit der die Proletarisierung des deutschen Nachwuchses abgewendet werden könne:

> „Denn da die Kinderaufzucht in den höheren Ständen sehr viel kostspieliger ist als in den niederen, so müßten dort auch die Unterstützungen sehr viel höher sein, damit durch sie die ökonomischen Motive zur Prävention lahmgelegt werden könnten. Eine solche Einrichtung, die den Reichen mehr gibt als den Armen, würde aber in den heutigen innerpolitischen Zuständen kaum jemals Gesetz werden können" (Siemens 1916: 50).

Was also Rassenhygienikern in der Ständegesellschaft noch unmöglich schien, setzte Renate Schmidt (SPD) im 21. Jahrhundert um, ohne dass es irgendeinen nennenswerten Protest gegeben hätte. 2009, zwei Jahre nach der Umsetzung des bevölkerungspolitisch motivierten Elterngeldes, trat Thilo Sarrazin erstmals mit Forderungen nach weiteren rassenhygienischen Gesetzen auf. 2010 stellte er unter Rückgriff auf eugenische Ideologien in seinem Bestseller *Deutschland schafft sich ab* die Forderung, das egalitäre Kindergeld durch eine einmalige Kindergeldpauschale von 50.000 Euro zu ersetzen, welche allerdings nur an junge Akademikerinnen ausgezahlt werden sollte, von denen zu erwarten sei, dass sie ihre ^höhere Intelligenz^ erblich an die Kinder weitergeben würden. Sarrazins Buch sorgte für viele kontroverse Diskussionen. Er selbst machte im Vorwort zur Taschenbuchausgabe darauf aufmerksam, dass *Deutschland schafft sich ab* von der Kernaussage nicht als Beitrag zur sogenannten ‚Integrationsdebatte' zu verstehen sei, sondern als bevölkerungspolitischer Beitrag zu Erbintelligenz und Fruchtbarkeit (Sarrazin 2012: 38).

Die fehlenden Proteste gegen die Einführung des Elterngeldes sowie die Schräglage in der Kritik an Sarrazin – priorisiert wurde Rassismus – deuten darauf hin, dass ein kritisches Bewusstsein gegenüber Forderungen nach Erbtüchtigkeit fehlt. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass Michel Foucault durchaus eine Bezugsquelle kritischer Gesellschaftstheorie ist und sein Begriff „Biopolitik" eine breite Rezeption findet. Seine Ausführungen,

dass man von „Klassensexualitäten"[5] und „Klassenkörpern"[6] sprechen müsse, werden jedoch weitgehend ignoriert.

Vor zehn Jahren wandelte sich der Diskurs von der demographischen Sorge um die Bevölkerungsquantität zur Sorge um die Bevölkerungsqualität. In der Familienpolitik macht seither der Begriff der „Kinderqualität" die Runde: „Folgte das alte Erziehungsgeld (wohl unbeabsichtigt) dem Prinzip ‚mehr Kinderquantität und weniger Kinderqualität', steht das neue Elterngeld für das Prinzip ‚mehr Kinderquantität und mehr Kinderqualität'" (Steinmann 2007: 126). „Mit ‚guter Qualität' sind jene Kinder gemeint, von denen mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit angenommen werden kann, dass ein gewisses Maß an Ressourcen wie Erziehung und Bildung in sie investiert wurde" (Kolb 2007: 16). Es geht hier also nicht um individuelle Leistung, sondern, wie bereits Habermas 1961 anmerkte, um eine Hypostasierung der Leistung entsprechend der sozialen Position bzw. der relativen Lohnposition der Eltern (s. Fußnote 4).

Zur Reproduktion von Arbeitskraft und Klassenverhältnissen

Unsichtbare Hand und materielle Chancengleichheit

Sowohl in bürgerlichen als auch in links-marxistischen Betrachtungen werden die Marktwirtschaft bzw. der Kapitalismus als eine Leistungsgesellschaft wahrgenommen. Vom bürgerlichen Standpunkt wird die Leistungsgesellschaft als ein Modell gesehen, welches den Wohlstand und das Glück Aller bestmöglich mehrt. Jede*r sei seines*ihres eigenen Glückes Schmied*in und in der Summe sorge eine ‚unsichtbare Hand' dafür, dass in diesem Konkurrenzprinzip der Wohlstand der Nationen stetig wachse. Diese Idee entstammt der politischen Ökonomie des 18. Jahrhunderts, aber noch heute beruft sich beispielsweise der Expert_innenrat des Wirtschaftsministeriums auf diese Ideologie. Nach einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Allensbach von

5 Das Bürgertum „hat sich […] seit der Mitte des 18. Jahrhunderts damit beschäftigt, sich eine Sexualität zu geben und sich von da aus einen spezifischen Körper, einen ‚Klassenkörper' mit einer eigenen Gesundheit, einer Hygiene, einer Nachkommenschaft, einer Rasse zu erschaffen: Selbstsexualisierung seines Körpers, Inkarnation des Sexes in seinen eigenen Körper, Endogamie zwischen dem Sex und dem Körper" (Foucault 1983: 149).

6 „Der Begriff ‚Klassenkörper' meint, dass Körper sowohl in der Art und Weise, in der sie wahrgenommen werden, vom Klassenstandpunkt abhängig sind, als auch materiell generationenübergreifend klassenspezifische Erfahrungen speichern, das heißt diese Erfahrungen werden ‚inkorporiert', in die Körper einverleibt, eingeschrieben" (Kemper 2011).

2008, in der nur noch 13 % der Befragten die marktwirtschaftlichen Verhältnisse für gerecht, 75 % aber für ungerecht hielten (Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie 2010: 5) gab dieser Expert_innenrat ein Gutachten zur *Akzeptanz der Marktwirtschaft* (ebd.) heraus. Ausgangspunkt der Studie war neben der in Wirtschaftskreisen für Unruhe sorgende Allensbach-Studie die ideologische Voraussetzung, dass man der „unsichtbaren Hand" (ebd.: 8) nicht in die Quere kommen dürfe, indem etwa ein Mindestlohn eingeführt oder aber Manager*innengehälter gedeckelt würden. Die Akzeptanz der Marktwirtschaft solle durch Bildung verbessert werden. Der Rat stellte fest:

> „Die im internationalen Vergleich frühe Aufteilung der Kinder auf verschiedene Schularten nach dem vierten Schuljahr, die es so nur noch in Deutschland, Österreich und in Teilen der Schweiz gibt (der Großteil der OECD-Staaten vollzieht eine solche Aufteilung erst im Alter von 15 oder 16 Jahren), dürfte somit ein Grund für die relativ starke Abhängigkeit der Schülerleistungen vom familiären Hintergrund im deutschen Bildungssystem sein. Durch ein längeres gemeinsames Lernen könnte diese verringert werden, ohne dass darunter das Leistungsniveau oder die Spitzenleistungen leiden müssten" (ebd.: 35).

Das heißt, die bürgerlichen Verfechter*innen der kapitalistischen Marktwirtschaft in Form einer Leistungsgesellschaft fordern als Grundlage dieser ökonomischen Struktur nicht nur eine formale Chancengleichheit ein, sondern explizit eine ‚materielle Chancengleichheit' und eine entsprechende Reform in der Bildungsstruktur: im Namen der Leistungsgesellschaft und nicht etwa der Menschenrechte. Allerdings, und das ist zentral, können sie ihre Forderung nach einer materiellen Chancengleichheit gar nicht umsetzen. Sie würden gerne die Leistungsgesellschaft einführen, um die Akzeptanz der Marktwirtschaft wieder zu verbessern, scheitern aber an den Interessen der gesellschaftlichen Gruppen, die an der frühen sozialen Selektion im Bildungssystem festhalten.

*Die „doppelt freien" Arbeiter*innen*

Bestimmte partei- und ableitungsmarxistische Ansätze sehen in der Leistungsgesellschaft ein System der Profitmaximierung, welches auf der Basis der Ausbeutung von „doppelt freien" Arbeiter*innen die wissenschaftlich-technologische Entwicklungen von Gesellschaften schneller voranbringen als beispielsweise ständisch-feudale Systeme. Mit „doppelt frei" meinte Marx, „frei" von allen Produktionsmitteln, so dass die*der Arbeiter*in gezwungen ist, eine Lohnarbeit einzugehen, und „frei" von allen Formen der Leibeigenschaft und Frondienste, die in den Jahrhunderten zuvor noch üblich waren. Mit den Worten von Karl Marx aus dem ersten Band des *Kapitals*:

> „Zur Verwandlung von Geld in Kapital muß der Geldbesitzer also den freien Arbeiter auf dem Warenmarkt vorfinden, frei in dem Doppelsinn, daß er als freie Person über seine Arbeitskraft als seine Ware verfügt, daß er andrerseits andre Waren nicht zu verkaufen hat, los und ledig, frei ist von allen zur Verwirklichung seiner Arbeitskraft nötigen Sachen" (Marx 1968: 183).

Es folgt dann ein Satz, der zu vielen Missverständnissen geführt hat:

> „Die Frage, warum dieser freie Arbeiter ihm in der Zirkulationssphäre gegenübertritt, interessiert den Geldbesitzer nicht, der den Arbeitsmarkt als eine besondre Abteilung des Warenmarkts vorfindet" (ebd.).

Hieraus könnte man schlussfolgern, dass wir in einer Leistungsgesellschaft leben. Kapitalist*innen interessiert nicht, wer seine*ihre Arbeitskraft verkauft, er*sie ist nicht an der Person interessiert, sondern an der Arbeitskraft. Diese Aussage deckt sich mit den Idealen des oben genannten Expert_innenrates. Dort heißt es im Sinne der „unsichtbaren Hand":

> „Kein zentraler Planer braucht eine unhandhabbare Menge an Informationen zusammenzuführen. Es genügt, dass ein Käufer das Angebot eines Verkäufers annimmt. Kein Dritter muss davon erfahren" (Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie 2010: 8).

Soweit wären sich also bürgerliche und bestimmte marxistische Ökonom*innen einig: Relevant ist für den Produktionsprozess nur die Leistung, die Arbeitskraft des*der Lohnarbeiters*in.

Reproduktion der generationenübergreifenden Arbeitskraft

Die Empfehlung des Expert_innenrates, die Schulstruktur weniger sozial selektiv zu gestalten, wurde nicht umgesetzt. Im Gegenteil: Beispielsweise 2010, kurz nach der Veröffentlichung des Gutachtens, wurden die kommunalen Auseinandersetzungen im *Hamburger Schulkampf* um eine Schulreform zugunsten der konservativen Reformgegner*innen entschieden. Die vom Hamburger Senat geplante Abschaffung der frühen sozialen Selektion wurde durch einen Volksentscheid verhindert. Obschon sich also gewerkschaftsnahe und sozialorientierte Gruppierungen und der unternehmensorientierte Expert_innenrat des Wirtschaftsministeriums einig waren, wurde eine Strukturreform für materielle Chancengleichheit verhindert. Erschwerend kommt hinzu, dass die Forderung nach materieller Chancengleichheit von Unternehmer*innenseite nicht nur aus Gründen der Akzeptanz für die Marktwirtschaft erhoben wurde. Tatsächlich scheint das kapitalistische Modell ein Mindestmaß an Chancengleichheit zu benötigen, um ein möglichst großes Wirtschaftswachstum zu erzielen.

Ähnliche Strukturveränderungen wie der Expert_innenrat hatte das internationale PISA-Konsortium unermüdlich und vergeblich eingefordert. Das PISA-Konsortium ist keine Menschenrechtsorganisation, sondern eine Abteilung der OECD, also der internationalen Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, die sich dem Wirtschaftswachstum verpflichtet fühlt. In einem der jüngsten Berichte der OECD sieht diese die wirtschaftliche Entwicklung in den Industriestaaten durch ein sozial ungerechtes Wirtschaftssystem gefährdet:

> „Die Studie liefert Belege dafür, dass steigende Ungleichheit das Wirtschaftswachstum hauptsächlich dadurch bremst, dass Kinder aus sozial schwächeren Familien weniger Bildungschancen haben" (OECD 2014).

Der OECD-Generalsekretär Angel Gurría kommentierte die Studie sehr deutlich:

> „Der Kampf gegen Ungleichheit muss in das Zentrum der politischen Debatte rücken. Wachsen und gedeihen werden vor allem jene Länder, die alles daran setzen, dass ihre Bürger von klein auf gleiche Chancen haben" (ebd.).

Aus zwei Gründen gibt es in einer vom Kapitalismus dominierten und strukturierten Gesellschaft also einen Trend zu einer Leistungsorientierung, die nicht allzu sehr von Privilegierungen und Diskriminierungen verzerrt sein sollte: Erstens geht es darum, die Akzeptanz der Marktwirtschaft zu verbessern, indem die eigene Leistung mehr zählen soll als die Herkunft oder andere leistungsunabhängige Merkmale; zweitens soll zugunsten des Wirtschaftswachstums ein Maximum an Leistungsstärke generiert werden. Allerdings scheint es andere Tendenzen zu geben, die diese Entwicklung konterkarieren. Wie ist das möglich?

Um dies zu verstehen, gilt es, die Ausführungen von Marx zum doppelt freien Proletariat genauer zu lesen. Marx relativiert selbst seine zunächst getroffene Feststellung, wonach der*die Kapitalist*in einfach nur Arbeitskraft kauft. Denn Arbeitskraft als Ware generiert sich nicht einfach durch Angebot und Nachfrage. „Die Natur produziert nicht auf der einen Seite Geld- oder Warenbesitzer und auf der andren bloße Besitzer der eignen Arbeitskräfte" (Marx 1968: 183). Diese Verhältnisse folgten weder aus Naturgesetzen noch seien sie gesellschaftliche Verhältnisse, „die allen Geschichtsperioden gemein" wären. Die Ware Arbeitskraft enthält „ein historisches und moralisches Element" (ebd.: 185). Und weil Arbeiter*innen sterblich sind, müssen sie in der Generationenfolge ersetzt werden. Relevant ist hier die Frage der Klassenreproduktion.[7]

7 In diesem Zusammenhang sei auf die aktuelle Diskussion über die Verknüpfung der Akkumulation der Arbeit mit der Herabsetzung von Frauen im Übergang zum Kapitalismus verwiesen (Federici 2012).

Erbtüchtigkeit, Familientüchtigkeit und Geschlecht

Ähnlich wie Marx in seinem Artikel zur sogenannten ursprünglichen Akkumulation des Kapitals führt Michel Foucault in Überwachen und Strafen aus, wie seit der Entstehung des Kapitalismus die Arbeiter*innenklasse mit brutalen Disziplinierungsmaßnahmen fabriziert worden ist. Aber auch die anderen Klassen und die Verhältnisse der Klassen zueinander wurden mittels Institutionen und Techniken geschaffen und müssen ständig reproduziert werden.

Als die Korrektions- und Besserungsanstalten in ihren Disziplinierungsbemühungen an ihre Grenzen stießen, weil bestimmte Bevölkerungsteile als nicht korrektions- bzw. bildungsfähig galten, ging die Regierungspolitik zur Rassenhygiene über (Kemper 2014). Alleinerziehende Mütter von unehelichen Kindern (‚pflichtvergessene Mütter') wurden um die Jahrhundertwende inhaftiert und in Landarmenhäusern untergebracht, die wiederum den Korrektionsanstalten angegliedert waren. Ein Korrektions-Arzt schreibt zur Praxis der Inhaftierungen:

> „Vor allem aber ist eine Durchführung dieser Maßregel eines der wenigen prophylaktischen Mittel, die das Gemeinwesen zur Verfügung hat, um die vielen Schädlinge, die an ihm nagen, auszurotten. Wenn es sich seiner Haut wehrt, will ich nicht einmal den Hauptakzent auf die pekuniären [= finanziellen; A. K.] Vorteile legen, die es durch die Unschädlichmachung dieser gefühllosen Naturen sich erwirbt. Die Hauptursache ist jedenfalls die, daß sie für die Zeit, die sie im Armenhaus verbringen, gehindert werden, die Welt mit einer recht entbehrenswerten Nachkommenschaft zu beschenken. Was sie zur Welt bringen, wird dereinst sicher zum Fähnlein der Degenerierten und erblich Belasteten stoßen. Praktisch wird so das erreicht, was man durch das sonst nicht durchführbare Verbot der Heiraten Geisteskranker zu erreichen sucht – es wird eine Quelle der Degeneration verstopft" (Mönkemöller 1908: 219).

Hier wird der Umschlag von Menschen- zu Bevölkerungskorrekturen sehr deutlich. Mönkemöller diskutiert ein paar Seiten weiter, ob sich nicht vielleicht durch die Prostitution die Zahl der „degenerierten Kinder" senke, da Prostituierte in den „Künsten der Abtreibung" bewandert seien und als „Degenerationsprodukte" zum Teil steril seien. Er befürchtete jedoch, dass „noch mehr als genug am Leben bleiben" (ebd.: 220).

Foucault sprach in diesem Zusammenhang von der Herstellung von Klassensexualitäten und Klassenkörpern im Rahmen einer Biopolitik. „Biopolitik" ist allerdings kein Begriff, der über Foucault aus dem Französischen ins Deutsche eingeführt werden musste. In dem 1971 erschienenen Buch *Was muß geschehen? Weiße Welt am Wendepunkt* des Autors Heinrich Sanden (Pseudonym des rechtsextremen ehemaligen SS-Obersturmbannführer Helmut Sündermann) heißt es beispielsweise:

> „Seit Jahrzehn- wenn nicht Jahrhunderttausenden sind die Menschen ungleich, so profund ungleich wie Tannen-, Palmen- und Eichenwald. Sie können auch nicht mehr gleich werden, denn die Natur strebt nicht zusammen, sondern auseinander; ihr Entwicklungsgesetz ist die Differenzierung!
>
> Die Kategorien der – sagen wir es ruhig – gottgewollten Ungleichheit zu erfassen und, statt sie zu leugnen, sie zu begreifen, mit Rücksicht auf sie in der Gegenwart zu handeln und für morgen vorauszudenken: das wird in dieser Schrift als ‚Biopolitik' verstanden" (Sanden 1971: 79f.).

Vor dem Hintergrund dieses Zitats wird die Benennung des Paradigmenwechsels der Familienpolitik von einer sozialpolitischen zu einer bevölkerungspolitischen mit ‚Nachhaltigkeit' verräterisch: ‚Nachhaltigkeit' ist ein Begriff aus der Forstwirtschaft.[8]

Sandens Buch gehört wie Sarrazins *Deutschland schafft sich ab* zum Genre der dysgenischen Schwarz-Malerei: Wenn nicht sofort die Marschrichtung geändert werde, würden die Anderen (wahlweise Schwarze, Araber*innen, Proletarier*innen) mit ihrem ^minderwertigen^ Erbmaterial die Nation ^herunterziehen^ oder gar dem ^Untergang^ preisgeben. Der Autor kennzeichnete die von ihm empfohlene Politik des eugenischen Gegensteuerns als „Biopolitik" (Sanden 1971: 80).

Erst im Rahmen der Reproduktion der Klassen und Klassenverhältnisse, also der Erbtüchtigkeit, stellt sich die Frage nach der Leistung. Die Interessen an ^höheren^ Profitraten und sogenanntem ^Wachstum^ müssen mitunter hinter der generationenübergreifenden Privilegiensicherung der Mittelklasse zurückstehen.

1994 verfasste Michaela ‚Freifrau' Heereman ein Buch mit dem Titel *Christliche Erziehung zur Tüchtigkeit*. Ihr Sohn Sylvester Heereman hatte in jenem Jahr sein Abitur gemacht und was die Wertevermittlung und die ihr entsprechenden christlich-erzieherischen Methoden angeht, scheint Frau Heereman alles richtig gemacht zu haben, denn ihr Sohn ist inzwischen quasi der Chef des Ordens *Legionäre Christi* in Europa. Orden wie Legionäre Christi und entsprechende apostolische Gruppen sind im Hintergrund tätig, wenn es darum geht, in der Geschlechterpolitik ein antiquiertes Familienmodell als Leitbild wiedereinzusetzen. Es ist kein Zufall, dass gerade Adelskreise dieses antiquierte Familienmodell hochhalten, schließlich geht es hier um die oben erwähnte generationenübergreifende Privilegiensicherung. Ultrakatholische Verbände sind politisch mit aristokratischen Kreisen verflochten, um dieses Rollback durchzusetzen. Während Birgit und Klaus Kelle (antifeministische Publizist*innen) als bürgerliche Protagonist*innen mit den Legionären Christi verbandelt sind, ist Beatrix von Storch, Hedwig von Beverfoerde und

8 Zygmunt Baumann führte zur Benennung dieser Metaphorik den Begriff „Gärtnerstaat" ein (Lehnert 2003: 19ff.).

Mathias von Gersdorff (Gesellschaft zum Schutz von Tradition, Familie und Privateigentum) ihre aristokratische Herkunft am ‚von' abzulesen. Storch und Beverfoerde haben als verheiratete Frauen zwar den Namen des Ehegatten angenommen, das ‚von' blieb jedoch bestehen, weil es in diesen Kreisen noch immer üblich ist, ständisch zu heiraten. Homogamie, das Heiraten innerhalb derselben Milieus, nimmt sogar seit Jahren zu (Schröder 2011). Die Erbtüchtigkeit tritt hier als generationenübergreifende Familientüchtigkeit auf.

Heereman, Kelle, Storch, Beverfoerde und Gersdorff sind vor allem gegen den sogenannten ‚Genderismus' und die ‚Frühsexualisierung' an Schulen aktiv. Dies schließt implizit an eine Ideologie der proletarischen Sexualität an, die immer schon als mangelhaft und gefährlich galt: Den sogenannten ‚Leistungsempfängern' wird eine unverantwortliche Sexualität und Familienuntüchtigkeit vorgeworfen.

Fazit

Vermeintlich leben wir in einer Leistungsgesellschaft, in der Leistung gegen Leistung getauscht wird. Tatsächlich spielt Leistung eine Rolle, die aber unzulässig verabsolutiert wird. Geraten Gesellschaften mit einer kapitalistischen Ökonomie in die Krise, kann die Reproduktion der Klassenverhältnisse wichtiger werden als die Steigerung der Leistungsfähigkeit.

Der Begriff ‚Leistung' hat den sehr viel älteren Begriff ‚Tüchtigkeit' abgelöst, ohne dass es zu gesellschaftlich strukturellen Veränderungen gekommen wäre, die diese sprachliche Verschiebung legitimieren könnten. Der Begriff ‚Leistung' ist daher ein Euphemismus, der die in Verruf geratene ‚Tüchtigkeit', vor allem auch im Sinn der Erbtüchtigkeit, ersetzt. Angesichts der Demografisierung der Sozialpolitik, insbesondere der sogenannten „Nachhaltigen Familienpolitik" und den entsprechenden weitergehenden Forderungen von Sarrazin und AfD, wäre es sinnvoll, die Kritik der Leistungsgesellschaft als Kritik der Erbtüchtigkeit zu reformulieren und dadurch Klassenverhältnisse stärker in den Fokus zu rücken.

Literatur

AfD Sachsen (2014): Wahlprogramm der AfD Sachsen 2014. http://afdsachsen.de/download/AfD_Programm_Lang.pdf [Zugriff: 27.03.2015].

dapd (2011): Deutsche vererben 2,6 Billionen Euro. In: Handelsblatt vom 15.06.2011. http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/erbschaft-deutsche-vererben-2-6-billionen-euro/4289086.html [Zugriff: 27.03.2015].

Deutsche Rentenversicherung Bund (2014): Meine Zeit in Dänemark – Arbeit und Rente europaweit. Berlin. http://www.deutsche-rentenversicherung.de/Allgemein/de/Inhalt/5_Services/03_broschueren_und_mehr/01_broschueren/02_international/europaeische_vereinbarungen/39_meine_zeit_in_daenemark.pdf?__blob=publicationFile [Zugriff 09.04.2015].

Federici, Silvia (2012): Caliban und die Hexe. Frauen, der Körper und die ursprüngliche Akkumulation. Wien: Mandelbaum Verlag.

Foucault, Michel (1983): Sexualität und Wahrheit. Der Wille zum Wissen. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Goettle, Gabriele (2012): Rette sich, wer kann. Zu Besuch beim Soziologen Wilhelm Heitmeyer. In: die tageszeitung vom 27.02.2012. http://www.taz.de/1/archiv/digitaz/artikel/?ressort=ku&dig=2012/02/27/a0113 [Zugriff: 26.3.2015].

Habermas, Jürgen (1961): Pädagogischer „Optimismus" vor Gericht einer pessimistischen Anthropologie. Schelskys Bedenken zur Schulreform. In: Ders. (1970): Arbeit. Erkenntnis. Fortschritt. Aufsätze 1954–1970. Amsterdam: Verlag de Munter, S. 181–218.

Heitmeyer, Wilhelm (2007): Moralisch abwärts im Aufschwung. Nützlichkeit und Effizienz – dieses Denken ist weit verbreitet und bedroht den Zusammenhalt der Gesellschaft. Ein Forschungsbericht. In: Die Zeit vom 13.12.2007. http://images.zeit.de/text/2007/51/Oekonomisierung [Zugriff: 26.03.2015].

Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) (2008): Deutsche Zustände, Folge 6. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Henkel, Hans-Olaf (2006): Förderalismusreform. Mut zum Unterschied. In: Junge Freiheit vom 27.01.2006. http://www.jf-archiv.de/archiv06/200605012702.htm [Zugriff: 26.03.2015].

Herzog, Roman/Clement, Wolfgang/von Dohnanyi, Klaus/Uhlig, Jane/Henkel, Hans-Olaf/Pohl, Manfred (Hrsg.) (2008): Mut zum Handeln. Wie Deutschland wieder reformfähig wird. Frankfurt am Main/New York: Campus Verlag.

Junge Freiheit Verlag (2014): JF im Gespräch mit Frauke Petry: „Was haben wir von der AfD zu erwarten?". Youtube-Video vom 27.03.2014. https://www.youtube.com/watch?v=V72pKHs02bA&list=UUXJBRgiZRZvfilIGQ4wN5CQ [Zugriff: 27.03.2015].

Kahlert, Heike (2007): Demographische Frage, „Qualität" der Bevölkerung und pronatalistische Politik – ungleichheitssoziologisch betrachtet. In: Prokla, Nr. 146, 37. Jg., S. 61–75.

Kemper, Andreas/Weinbach, Heike (2009): Klassismus. Eine Einführung. Münster: Unrast Verlag.

Kemper, Andreas (2011): Klassenkörper. In: arranca!, Nr. 44, S. 58–60.

Kemper, Andreas (2014): Sarrazins Correctness. Ideologie und Tradition der Menschen- und Bevölkerungskorrekturen. Münster: Unrast Verlag.

Kolb, Holger (2007): Migranten und (andere) Mitglieder. Personalentwicklung im Staat. In: Rat für Migration (Hrsg.): Politische Essays zu Migration und Integration. Osnabrück. http://www.rat-fuer-migration.de/PDF/Kolb-Migranten-und-andere-Mitglieder.pdf [Zugriff: 09.04.2015].

Leggewie, Claus (1989): Die Bundeszentrale zeigt „Mut". In: Die Zeit vom 09.06.1989. http://www.zeit.de/1989/24/die-bundeszentrale-zeigt-mut [Zugriff: 27.03.2015].

Lehnert, Esther (2003): Die Beteiligung von Fürsorgerinnen an der Bildung und Umsetzung der Kategorie „minderwertig" im Nationalsozialismus. Frankfurt am Main: Mabuse-Verlag.

Machiavelli, Niccollò (1986): Il Prinicipe / Der Fürst. Stuttgart: Reclam-Verlag.

Marx, Karl (1968): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Erster Band Buch I: Der Produktionsprozeß des Kapitals, MEW Bd. 23. Berlin: Dietz-Verlag.

Middel, Andreas (2005): Liberale streiten erbittert, wer die Kinder kriegen soll. In: Die Welt vom 25.01.2005. http://www.welt.de/print-welt/article373315/Liberale-streiten-erbittert-wer-die-Kinder-kriegen-soll.html [Zugriff: 27.03.2015].

Mönkemöller, Otto (1908): Korrektionsanstalt und Landarmenhaus. Ein soziologischer Beitrag zur Kriminalität und Psychopathologie des Weibes. Leipzig: Verlag von Johann Ambrosius Barth.

OECD (2014): Einkommensungleichheit beeinträchtigt das Wirtschaftswachstum. Pressemitteilung vom 09.12.2014. http://www.oecd.org/berlin/presse/einkommensungleichheit-beeintraechtigt-wirtschaftswachstum.htm [Zugriff: 26.03.2015].

Opielka, Michael (2004): Die Grundrente denken. In: Ders.: Grundrente in Deutschland: Sozialpolitische Analysen. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 7–60.

Sanden, Heinrich L. (1971): Was muß geschehen? Weiße Welt am Wendepunkt. Leonie am Starnberger See: Druffel-Verlag.

Sarrazin, Thilo (2012): Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen. Paperback-Ausgabe mit neuem Vorwort. München: DVA-Verlag.

Schreiber, Wilfrid (2004): Existenzsicherheit in der industriellen Gesellschaft. Unveränderter Nachdruck des „Schreiber-Planes" zur dynamischen Rente aus dem Jahr 1955. BKU-Diskussionsbeiträge Nr. 28. http://www.bku.de/download?dokument=1&file=27_disk28schreiber.pdf [Zugriff: 09.04.2015].

Schröder, Christoph (2011): Einkommensungleichheit und Homogamie. In: IW-Trends – Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung, Nr. 1, 38. Jg. www.iwkoeln.de/_storage/asset/58066/storage/master/file/460098/download/trends01_11_5.pdf [Zugriff: 27.03.2015].

Schwentker, Björn (2005): Von wegen 40 Prozent. In: Die Zeit vom 29.07.2008. http://www.zeit.de/online/2005/41/kinderlos_demografie [Zugriff 27.3.2015].

Siemens, Hermann W. (1916): Die Proletarisierung unseres Nachwuchses, eine Gefahr unrassenhygienischer Bevölkerungspolitik. In: Ploetz, Alfred u. a. (Hrsg.): Archiv für Rassen- und Gesellschaftsbiologie einschließlich Rassen- und Gesellschafts-Hygiene. Nr. 1, 12. Jg., S. 43–55.

Steinmann, Gunter (2007): Kindermangel in Deutschland. Bevölkerungsökonomische Analysen und familienpolitische Lösungen. Frankfurt am Main u. a.: Peter Lang Verlag.

Wellgraf, Stefan (2012): Hauptschüler. Zur gesellschaftlichen Produktion von Verachtung. Bielefeld: transcript.

Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (2010): Akzeptanz der Marktwirtschaft: Einkommensverteilung, Chancengleichheit und die Rolle des Staates. Gutachten, Berlin. https://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/Publikationen/gutachten-wissenschaftlicher-beirat-akzeptanz-der-marktwirtschaft [Zugriff: 26.03.2015].